

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> . . . . .	5
<b>Inhaltsverzeichnis</b> . . . . .	11
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	27
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	29
<b>Einführung: Zielsetzung, Konzept, Aufbau</b> . . . . .	33
Zielsetzung . . . . .	33
Konzept . . . . .	33
Aufbau . . . . .	37
(1) Das Mehrebenensystem . . . . .	37
(2) Die Vielfalt der Rechtsakte . . . . .	38
(3) Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis . . . . .	39
<b>Teil 1: Das Öffentliche Recht in der Ersten Juristischen Staatsprüfung (Freistaat Bayern)</b> . . . . .	41
§ 1 <i>Vorgaben der JAPO für die Erste Juristische Staatsprüfung</i> . . . . .	41
I. Pflichtfachstoff im Öffentlichen Recht . . . . .	41
II. Schriftliche und mündliche Prüfung . . . . .	45
III. Konsequenzen für die Examensvorbereitung . . . . .	46
§ 2 <i>Potenzielle Klausurtypen</i> . . . . .	51
I. Vorbemerkungen . . . . .	51
II. Die „Rechtsakt“-Klausur . . . . .	53
III. Die (echte) „Rechtsbehelfs“-Klausur . . . . .	68
IV. Die „Gestaltungs“-Klausur . . . . .	77
V. Die „Themen“-Klausur . . . . .	79
VI. Die „Anwalts“-Klausur . . . . .	81
§ 3 <i>Die öffentlich-rechtlichen Pflichtfachklausuren in der Ersten Juristischen Staatsprüfung seit 1990</i> . . . . .	81
<b>Teil 2: Öffentliches Recht im Mehrebenensystem</b> . . . . .	83
Vorbemerkungen . . . . .	83
Zielsetzung dieses Teils . . . . .	83
Grundelemente einer Mehrebenendogmatik . . . . .	85
§ 4 <i>Die Ebenen des Mehrebenensystems (Status-Dogmatik)</i> . . . . .	88
I. Europäische Union (EU) . . . . .	88
II. Bundesrepublik Deutschland . . . . .	92
III. Länder (Freistaat Bayern) . . . . .	94
IV. Kommunen . . . . .	99
§ 5 <i>System des Organisationsrechts (Organisationsdogmatik)</i> . . . . .	126
Vorbemerkungen . . . . .	126
I. Das Legitimationsproblem . . . . .	129

II. Das Problem der Willensbildung . . . . .	147
III. Das Vollzugsproblem . . . . .	150
IV. Das Kontrollproblem . . . . .	162
<b>§ 6 Die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen (Kompetenzdogmatik)</b> . . . . .	196
Vorbemerkungen . . . . .	196
I. Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten . . . . .	199
II. Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern . . . . .	205
III. Kompetenzverteilung zwischen dem Staat und den Kommunen . . . . .	212
<b>§ 7 Regelungskollisionen (Kollisionsdogmatik)</b> . . . . .	213
Vorbemerkungen . . . . .	213
I. Vermeidung von Regelungskollisionen . . . . .	217
II. Auflösung von Regelungskollisionen . . . . .	230
<b>§ 8 Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen (Durchsetzungsdogmatik)</b> . . . . .	258
Vorbemerkungen . . . . .	258
I. Verhältnis EU – Mitgliedstaat . . . . .	259
II. Verhältnis Bund – Land (Freistaat Bayern) . . . . .	274
III. Verhältnis Land (Freistaat Bayern) – Kommunen . . . . .	289
<b>§ 9 Die Rolle der Gerichte im Mehrebenensystem</b> . . . . .	312
I. Vorbemerkungen . . . . .	312
II. Verhältnis EuGH – mitgliedstaatliche (deutsche) Gerichte . . . . .	315
III. Verhältnis Verwaltungsgerichte – Verfassungsgerichte . . . . .	323
IV. Verhältnis BVerfG – LVerfG (VerfGH) . . . . .	336
V. Zur Rolle des EGMR im gerichtlichen Mehrebenensystem . . . . .	339
<b>Teil 3: Die Rechtsnorm und deren Kontrolle</b> . . . . .	349
Vorbemerkungen . . . . .	349
<b>§ 10 EU-Rechtsnormen und deren Kontrolle</b> . . . . .	350
I. EU-Primärrecht . . . . .	351
II. EU-Sekundärrecht . . . . .	352
III. EU-Tertiärrecht . . . . .	370
<b>§ 11 Das Bundesgesetz und dessen Kontrolle</b> . . . . .	372
I. Vereinbarkeit eines Bundesgesetzes mit höherrangigem Recht . . . . .	372
II. Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	418
III. Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	420
IV. Besonderheiten des verfassungsändernden Gesetzes . . . . .	434
<b>§ 12 Das Landesgesetz und dessen Kontrolle</b> . . . . .	435
I. Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit höherrangigem Recht . . . . .	435
II. Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	445
III. Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	445
IV. Besonderheiten des verfassungsändernden Gesetzes . . . . .	459
<b>§ 13 Untergesetzliche Rechtsnormen und deren Kontrolle</b> . . . . .	460
I. Rechtsverordnungen des Bundes . . . . .	460
II. Rechtsverordnungen des Landes . . . . .	466

III. Satzungen . . . . .	487
§ 14 <i>Verwaltungsvorschriften und deren Kontrolle</i> . . . . .	509
I. Rechtsnatur und Funktionen . . . . .	509
II. Rechtmäßigkeit von Verwaltungsvorschriften . . . . .	510
III. Rechtswirkungen und Kontrolle von Verwaltungsvorschriften . . . . .	512
<b>Teil 4: Der Einzel(rechts)akt und dessen Kontrolle</b> . . . . .	515
Vorbemerkungen . . . . .	515
§ 15 <i>Einzelakte des EU-Rechts und deren Kontrolle</i> . . . . .	515
I. Bedeutung und dogmatische Grundlagen . . . . .	515
II. Vereinbarkeit eines EU-Beschlusses mit höherrangigem EU-Recht . . . . .	517
III. Gerichtliche Geltendmachung . . . . .	518
§ 16 <i>Der Verwaltungsakt und dessen Kontrolle</i> . . . . .	520
I. Dogmatische Grundlagen des Verwaltungsakts . . . . .	520
II. Der belastende Verwaltungsakt und dessen Kontrolle . . . . .	545
III. Der begünstigende Verwaltungsakt und dessen Erstreitung . . . . .	613
§ 17 <i>Hoheitliches Handeln ohne VA-Charakter (Realakte)</i> . . . . .	654
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	654
II. Anspruch auf Vornahme von Realakten (positive Leistung) . . . . .	657
III. Anspruch auf Unterlassung von Realakten (negative Leistung) . . . . .	659
IV. Prozessuale Durchsetzung: die allgemeine Leistungsklage . . . . .	662
<b>Teil 5: Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis: Struktur und Ansprüche</b> . . . . .	667
Vorbemerkungen . . . . .	667
§ 18 <i>Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis</i> . . . . .	668
I. Das Grund-Rechtsverhältnis (Das Grundrechts-Verhältnis) . . . . .	668
II. Erweiterung: das Rechtsverhältnis-Dreieck (Interessendreieck) . . . . .	670
III. Besondere öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse . . . . .	671
IV. Die Feststellungsklage (§ 43 I VwGO) . . . . .	674
§ 19 <i>Der öffentlich-rechtliche Anspruch</i> . . . . .	678
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	678
II. Primäransprüche . . . . .	679
III. Sekundäransprüche (Reaktionsansprüche) . . . . .	687
§ 20 <i>System des Staatshaftungsrechts</i> . . . . .	688
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	688
II. Kompensation rechtswidrigen staatlichen Handelns . . . . .	690
III. Kompensation rechtmäßigen staatlichen Handelns . . . . .	713
IV. Kompensation rechtsgrundloser Vermögensverschiebungen . . . . .	720
<b>Anhang 1: Verzeichnis der Prüfungsschemata</b> . . . . .	723
<b>Anhang 2: Tableau der Klausuren des Ersten Juristischen Staatsexamens im Freistaat Bayern (seit 1990)</b> . . . . .	727
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	769

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> . . . . .	5
<b>Inhaltsübersicht</b> . . . . .	7
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	27
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	29
<b>Einführung: Zielsetzung, Konzept, Aufbau</b> . . . . .	33
Zielsetzung . . . . .	33
Konzept . . . . .	33
Aufbau . . . . .	37
(1) Das Mehrebenensystem . . . . .	37
(2) Die Vielfalt der Rechtsakte . . . . .	38
(3) Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis . . . . .	39
<b>Teil 1: Das Öffentliche Recht in der Ersten Juristischen Staatsprüfung     (Freistaat Bayern)</b> . . . . .	41
§ 1 <i>Vorgaben der JAPO für die Erste Juristische Staatsprüfung</i> . . . . .	41
I. Pflichtfachstoff im Öffentlichen Recht . . . . .	41
1. Pflichtfächer . . . . .	41
2. Grundlagen der Pflichtfächer . . . . .	44
3. Andere Rechtsgebiete . . . . .	44
II. Schriftliche und mündliche Prüfung . . . . .	45
III. Konsequenzen für die Examensvorbereitung . . . . .	46
1. Allgemeine Hinweise . . . . .	46
2. Überblick über die examensrelevanten Rechtsgrundlagen . . . . .	47
§ 2 <i>Potenzielle Klausurtypen</i> . . . . .	51
I. Vorbemerkungen . . . . .	51
II. Die „Rechtsakt“-Klausur . . . . .	53
1. Allgemeine Typik und Konsequenzen für den Aufbau . . . . .	53
2. Modalitäten dieses Klausurtyps . . . . .	53
3. Weitere Aufbauhinweise für die Rechtsakt-Klausur . . . . .	55
a) Prüfungsgegenstand ist <i>ein</i> Rechtsakt . . . . .	55
b) Prüfungsgegenstand sind <i>mehrere</i> Rechtsakte . . . . .	56
aa) Mehrere <i>selbstständige</i> Rechtsakte . . . . .	56
bb) Mehrere voneinander <i>abhängige</i> Rechtsakte . . . . .	56
aaa) Abhängigkeit der Rechtsakte im Stufenbau der Rechtsordnung . . . . .	57
bbb) Abhängigkeit von Rechtsakten gleicher Stufe . . . . .	63
c) Problem der Fehlerfolgen . . . . .	64
d) Prüfung von Rechtsbehelfen/Verwerfungskompetenz/ Vorlagepflichten . . . . .	65
aa) In welcher Reihenfolge sind die potenziellen Rechtsbehelfe zu prüfen? . . . . .	66
	11

bb) Hat das angegangene Gericht eine Verwerfungs- kompetenz oder muss es einem anderen Gericht vorlegen? . . . . .	68
III. Die (echte) „Rechtsbehelfs“-Klausur . . . . .	68
1. Allgemeine Typik und Konsequenzen für den Aufbau . .	68
2. Modalitäten dieses Klausurtyps . . . . .	69
3. Weitere Aufbauhinweise für die Rechtsbehelfs-Klausur .	76
IV. Die „Gestaltungs“-Klausur . . . . .	77
V. Die „Themen“-Klausur . . . . .	79
VI. Die „Anwalts“-Klausur . . . . .	81
§ 3 Die öffentlich-rechtlichen Pflichtfachklausuren in der Ersten Juristischen Staatsprüfung seit 1990 . . . . .	81
<b>Teil 2: Öffentliches Recht im Mehrebenensystem . . . . .</b>	<b>83</b>
Vorbemerkungen . . . . .	83
Zielsetzung dieses Teils . . . . .	83
Grundelemente einer Mehrebenendogmatik . . . . .	85
Schritt 1: Der Grundstatus der einzelnen Ebenen („Status- Dogmatik“) . . . . .	85
Schritt 2: Die Binnenstruktur der einzelnen Ebenen („Organisationsdogmatik“) . . . . .	85
Schritt 3: Die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen („Kompetenzdogmatik“) . . . . .	86
Schritt 4: Regelungskollisionen zwischen den Ebenen („Kollisionsdogmatik“) . . . . .	86
Schritt 5: Kontroll- und Sanktionsmechanismen („Durch- setzungsdogmatik“) . . . . .	86
Schritt 6: Die Gerichtsbarkeit im Mehrebenensystem . . . . .	87
§ 4 Die Ebenen des Mehrebenensystems (Status-Dogmatik) . . . . .	88
I. Europäische Union (EU) . . . . .	88
1. Grundsätzlicher Rechtsstatus . . . . .	88
a) EU-Recht als eigene (unmittelbar anwendbare) Rechts- ordnung . . . . .	89
b) Eigene Rechtsetzungskompetenz der EU . . . . .	90
c) Grundsatz des Anwendungsvorranges des EU-Rechts d) Durchsetzungsmechanismen . . . . .	91
2. Statusänderungen . . . . .	91
a) Existenzielle Änderungen . . . . .	91
b) Kompetenzzielle Änderungen . . . . .	92
c) Territoriale Änderungen . . . . .	92
II. Bundesrepublik Deutschland . . . . .	92
1. Grundsätzlicher Rechtsstatus . . . . .	92
2. Statusänderungen . . . . .	92
a) Existenzielle Änderungen . . . . .	92
b) Kompetenzzielle Änderungen . . . . .	93
c) Territoriale Änderungen . . . . .	94
III. Länder (Freistaat Bayern) . . . . .	94
1. Grundsätzlicher Rechtsstatus . . . . .	94
2. Statusänderungen . . . . .	95

a) Existenzielle Änderungen . . . . .	95
b) Kompetenzielle Änderungen . . . . .	95
c) Territoriale Änderungen . . . . .	99
IV. Kommunen . . . . .	99
1. Grundsätzlicher Rechtsstatus . . . . .	100
a) Wiederholung (WH) von Grundlagen . . . . .	100
aa) WH 1: Kommunen als Teil der mittelbaren Staats- verwaltung . . . . .	100
bb) WH 2: Die „Janusköpfigkeit“ des Landratsamtes (mit Exkurs ins Hochschulrecht) . . . . .	102
cc) WH 3: Typologie der Kommunen/Rechtsgrund- lagen . . . . .	104
dd) WH 4: Die Gemeindetypen . . . . .	105
b) Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen . . . . .	108
aa) Rechtsstruktur der Selbstverwaltungsgarantie . . . . .	108
bb) Inhalt und Reichweite der Selbstverwaltungsga- rantie . . . . .	112
aaa) Gemeinden (Art. 11, 83 BV, Art. 28 II GG) . . . . .	112
bbb) Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirke: Art. 10 BV, 28 II 2 GG) . . . . .	113
2. Statusänderungen . . . . .	113
a) Existenzielle Änderungen . . . . .	114
aa) Institutionelle Auflösung . . . . .	114
bb) Individuelle Auflösung . . . . .	115
b) Kompetenzielle Änderungen . . . . .	117
aa) Fallgruppen . . . . .	117
bb) Rechtfertigung . . . . .	118
c) Territoriale Änderungen . . . . .	121
d) Exkurs: Namensänderung . . . . .	122
3. Exkurs: Grundrechtsberechtigung der Kommunen . . . . .	125
§ 5 System des Organisationsrechts (Organisationsdogmatik) . . . . .	126
Vorbemerkungen . . . . .	126
I. Das Legitimationsproblem . . . . .	129
1. Demokratische Legitimation in der EU . . . . .	130
a) Repräsentative Demokratie . . . . .	130
b) Unmittelbare Demokratie . . . . .	131
2. Demokratische Legitimation in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	132
a) Repräsentative Demokratie . . . . .	132
b) Unmittelbare Demokratie . . . . .	134
3. Demokratische Legitimation im Freistaat Bayern . . . . .	134
a) Repräsentative Demokratie . . . . .	134
b) Unmittelbare Demokratie . . . . .	136
c) Exkurs: Weitere Unterschiede zwischen GG und BV . . . . .	141
4. Demokratische Legitimation in den Kommunen . . . . .	142
a) Repräsentative Demokratie . . . . .	142
b) Unmittelbare Demokratie . . . . .	142
II. Das Problem der Willensbildung . . . . .	147
1. Willensbildung in der EU . . . . .	147

2. Willensbildung im Bund . . . . .	148
3. Willensbildung im Freistaat Bayern . . . . .	149
4. Willensbildung in den Kommunen . . . . .	149
III. Das Vollzugsproblem . . . . .	150
1. Vollzug des EU-Rechts . . . . .	153
2. Vollzug des Bundesrechts . . . . .	158
3. Vollzug des Landesrechts . . . . .	159
4. Vollzug des kommunalen Rechts (Ortsrechts) . . . . .	161
IV. Das Kontrollproblem . . . . .	162
1. Kontrolle durch Rechnungshöfe . . . . .	162
2. Kontrolle durch Gerichte . . . . .	163
a) Der Organstreit auf EU-Ebene . . . . .	164
b) Der Organstreit auf Bundesebene . . . . .	169
c) Der Organstreit auf Landesebene . . . . .	172
d) Der Organstreit auf kommunaler Ebene („Kommunal- verfassungsstreit“) . . . . .	177
aa) Fallkonstellationen in der Klausur . . . . .	177
bb) Kommunalverfassungsstreit: keine eigenständige Verfahrensart vor dem VG . . . . .	180
aaa) Maßnahme hat Rechtsnormcharakter . . . . .	180
bbb) Maßnahme hat Verwaltungsakt-Charakter . . . . .	188
a) Maßnahme gegenüber Dritten . . . . .	188
b) Maßnahme im „echten“ Innenbereich . . . . .	194
ccc) Maßnahme ist weder Rechtsnorm noch Ver- waltungsakt . . . . .	195
§ 6 Die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen (Kompetenzdog- matik) . . . . .	196
Vorbemerkungen . . . . .	196
I. Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitglied- staaten . . . . .	199
1. Der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung . . . . .	199
a) Inhalt des Grundsatzes . . . . .	199
b) Kompetenzarten . . . . .	200
2. Der Grundsatz der Subsidiarität . . . . .	201
3. Fallbeispiel . . . . .	202
II. Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern . . . . .	205
1. Grundsatz: Regel-Ausnahme-Verhältnis zugunsten der Länder . . . . .	205
2. Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	205
a) Alleinige Gesetzgebungskompetenz der Länder (Art. 30, 70 I GG) . . . . .	205
b) Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 70 II, 71, 73 GG) . . . . .	206
c) Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz (Art. 70 II, 72, 74 GG) . . . . .	207
d) Sonderfall: die Abweichungsgesetzgebung (Art. 72 III GG) . . . . .	207
e) Fallbeispiele . . . . .	208
3. Verteilung der Verwaltungskompetenzen . . . . .	211

III. Kompetenzverteilung zwischen dem Staat und den Kommunen	212
§ 7 Regelungskollisionen (Kollisionsdogmatik)	213
Vorbemerkungen	213
I. Vermeidung von Regelungskollisionen	217
1. Verhältnis EU – Mitgliedstaat	217
a) Beachtungspflicht (EU-rechtliches Nichtwiderspruchsgebot)	218
aa) Beispiel: Polizei- und Sicherheitsrecht	219
bb) Beispiel: Kommunales Satzungsrecht	221
cc) Beispiel: Hochschulrecht	222
dd) Beispiel: Gaststättenrecht	223
b) Rechtsetzungspflicht	224
aa) Rechtsetzung zur Kompensation von Verstößen gegen die Beachtungspflicht	224
bb) Rechtsetzung zur Umsetzung von EU-Richtlinien	225
c) Vollzugspflicht	226
2. Verhältnis Bund – Land	228
a) Beachtungspflicht	228
b) Rechtsetzungspflicht	228
c) Vollzugspflicht	229
3. Verhältnis Land – Kommunen	229
II. Auflösung von Regelungskollisionen	230
1. Geltungserhaltungsklauseln	231
a) Das grundrechtliche Mehrebenensystem	231
b) Kollisionsauflösung durch Geltungserhaltung kollidierender Grundrechte	234
aa) Art. 142 GG als prototypische Modellnorm einer Geltungserhaltungsklausel	234
aaa) Gültigkeit der Landesgrundrechte trotz Abweichens von GG-Grundrechten	235
bbb) Weitergehende Landesgrundrechte	236
ccc) Zurückbleibende Landesgrundrechte	236
ddd) Verhältnis von Art. 142 GG zu Art. 31 GG	237
bb) Art. 53 EU-GRCh als Geltungserhaltungsklausel	237
c) Kollisionsauflösung durch Reduzierung der Maßstabsfunktion der Grundrechte	238
aa) Rechtsakte des Bundes unter EU-rechtlichem Einfluss	238
aaa) Fallgruppe 1: Bund erlässt Rechtsakt aufgrund EU-rechtlicher Vorgabe	238
bbb) Fallgruppe 2: Bund wendet unmittelbar EU-Recht an	240
bb) Rechtsakte des Landes unter EU- oder bundesrechtlichem Einfluss	241
aaa) Fallgruppe 1: Land erlässt Rechtsakt aufgrund EU- oder bundesrechtlicher Vorgabe	241
a) Landesrechtsakt beruht auf bundesrechtlicher Vorgabe	241



b) Landesrechtsakt beruht auf EU-rechtlicher Vorgabe . . . . .	242
bbb) Fallgruppe 2: Land wendet unmittelbar EU-oder Bundesrecht an . . . . .	242
a) Land wendet Bundesrecht an . . . . .	242
b) Land wendet EU-Recht an . . . . .	243
2. Homogenitätsklauseln . . . . .	244
a) Homogenität zwischen EU und Mitgliedstaaten (Art. 2, 4 II, 7 EUV) . . . . .	244
b) Homogenität zwischen GG und Landesverfassung (Art. 28 I GG) . . . . .	244
3. Die Figur des Anwendungsvorrangs und seine Ausnahmen . . . . .	245
a) Die Funktion des Anwendungsvorrangs . . . . .	245
b) Die Ausnahmen vom Anwendungsvorrang . . . . .	246
aa) Grundrechtliche Vorrangsausnahme . . . . .	247
bb) „Ultra-vires“-Vorrangsausnahme . . . . .	247
cc) „Identitäts“-Vorrangsausnahme . . . . .	248
dd) Umgang mit den Vorrangsausnahmen in der Klausur . . . . .	249
4. Der Lex-posterior-Grundsatz . . . . .	251
5. Der Lex-superior-Grundsatz . . . . .	251
6. Bundesrecht bricht Landesrecht – Art. 31 GG . . . . .	251
a) Leges speciales zu Art. 31 GG . . . . .	252
b) Echter Normwiderspruch zwischen Bundes- und Landesrecht . . . . .	252
aa) Kein echter Normwiderspruch bei verschiedenen Normadressaten . . . . .	253
bb) Kein echter Normwiderspruch bei verfassungsrechtlichen Parallelgewährleistungen . . . . .	254
aaa) Inhaltsgleiche Parallelgewährleistungen . . . . .	254
bbb) Gewährleistung der Landesverfassung bleibt hinter der des GG zurück . . . . .	254
ccc) Gewährleistung der Landesverfassung reicht weiter als die des GG . . . . .	255
c) Gültigkeit der sich im echten Normwiderspruch befindlichen Normen . . . . .	256
d) Rechtsfolge des Art. 31 GG . . . . .	258
§ 8 Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen (Durchsetzungsdogmatik) . . . . .	258
Vorbemerkungen . . . . .	258
I. Verhältnis EU – Mitgliedstaat . . . . .	259
1. Durchsetzung des EU-Rechts durch die Mitgliedstaaten . . . . .	259
a) Prüfung mitgliedstaatlicher Rechtsakte am Maßstab des EU-Rechts . . . . .	260
b) Verwerfung EU-rechtswidriger mitgliedstaatlicher Rechtsakte . . . . .	263
aa) Verwerfungskompetenz der Gerichte . . . . .	263
bb) Verwerfungskompetenz der Behörden . . . . .	264

c) Pflicht zur unmittelbaren Anwendung von EU-Richtlinien . . . . .	264
d) Kompensationspflicht: EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch . . . . .	266
2. Durchsetzung des EU-Rechts durch die EU . . . . .	267
a) Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 ff. AEUV) . . . . .	267
b) Verfahren nach Art. 7 EUV – Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten . . . . .	271
c) Ausschluss des Mitgliedstaates aus der EU? . . . . .	273
d) Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte? . . . . .	273
II. Verhältnis Bund – Land (Freistaat Bayern) . . . . .	274
1. Durchsetzung des Bundesrechts durch die Länder . . . . .	275
2. Durchsetzung des Bundesrechts durch den Bund (insbes. durch BVerfG) . . . . .	276
a) Verfahrensarten vor dem BVerfG zur Durchsetzung des Bundesrechts . . . . .	276
b) Insbesondere: der Bund-Länder-Streit (Art. 93 I Nr. 3 GG) . . . . .	277
III. Verhältnis Land (Freistaat Bayern) – Kommunen . . . . .	289
1. Vorbemerkungen . . . . .	289
2. Essentialia des Kommunalaufsichtsrechts . . . . .	291
a) Aufsichtsart: die Unterscheidung zwischen Rechtsaufsicht und Fachaufsicht . . . . .	292
b) Aufsichtsbehörden . . . . .	297
c) Aufsichtsmittel . . . . .	299
3. Examensrelevante Fallkonstellationen . . . . .	305
4. Abschließendes Fallbeispiel . . . . .	307
§ 9 Die Rolle der Gerichte im Mehrebenensystem . . . . .	312
I. Vorbemerkungen . . . . .	312
II. Verhältnis EuGH – mitgliedstaatliche (deutsche) Gerichte . . . . .	315
1. Verhältnis EuGH – mitgliedstaatliche Fachgerichte (Verwaltungsgerichte) . . . . .	315
a) Die Verwaltungsgerichte als funktionale EU-Gerichte . . . . .	315
b) Das Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV) . . . . .	316
aa) Funktion und Prüfungsschema . . . . .	316
bb) Vorlagepflichten . . . . .	319
cc) Konsequenzen bei Verletzung der Vorlagepflichten . . . . .	320
2. Verhältnis EuGH – BVerfG . . . . .	321
3. Verhältnis EuGH – Landesverfassungsgericht . . . . .	322
III. Verhältnis Verwaltungsgerichte – Verfassungsgerichte . . . . .	323
1. Verhältnis Verwaltungsgerichte – BVerfG . . . . .	323
a) Die Verwaltungsgerichte als funktionale Verfassungsgerichte . . . . .	323
b) Die Verwerfungskompetenz der Verwaltungsgerichte . . . . .	324
c) Die konkrete Normenkontrolle (Richtervorlage) nach Art. 100 I GG . . . . .	325
aa) Funktion, Übersicht . . . . .	325
bb) Prüfungsschema . . . . .	326

2. Verhältnis Verwaltungsgerichte – LVerfG (VerfGH) . . . . .	329
3. Zusammenfassender Überblick: Vorlagevarianten zu BVerfG/LVerfG/EuGH . . . . .	333
IV. Verhältnis BVerfG – LVerfG (VerfGH) . . . . .	336
1. Grundsätzliches . . . . .	337
2. Parallele Verfahren beim VerfGH und BVerfG . . . . .	337
a) Verfassungsbeschwerde zum LVerfG (VerfGH) und zum BVerfG . . . . .	337
b) Popularklage zum VerfGH und Verfassungsbeschwerde zum BVerfG . . . . .	338
c) Richtervorlage zum VerfGH und zum BVerfG . . . . .	338
3. Überprüfung von Entscheidungen des LVerfG durch das BVerfG . . . . .	339
V. Zur Rolle des EGMR im gerichtlichen Mehrebenensystem . . . . .	339
1. Grundsätzliches . . . . .	339
a) Die innerstaatlichen Wirkungen der EMRK . . . . .	339
b) Die EMRK und das BVerfG . . . . .	340
c) Die EMRK und das LVerfG (VerfGH) . . . . .	341
2. Die Individualbeschwerde zum EGMR (Art. 34 EMRK) . . . . .	341
<b>Teil 3: Die Rechtsnorm und deren Kontrolle . . . . .</b>	<b>349</b>
Vorbemerkungen . . . . .	349
<b>§ 10 EU-Rechtsnormen und deren Kontrolle . . . . .</b>	<b>350</b>
I. EU-Primärrecht . . . . .	351
II. EU-Sekundärrecht . . . . .	352
1. Vereinbarkeit einer EU-Richtlinie/-Verordnung mit höher- rangigem EU-Recht . . . . .	352
a) Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	353
aa) Kompetenzmäßigkeit des Handelns . . . . .	353
aaa) Verbandskompetenz . . . . .	353
bbb) Organkompetenz . . . . .	354
bb) Ordnungsmäßigkeit des Rechtsetzungsverfahrens . . . . .	354
cc) Einhaltung der Formerfordernisse . . . . .	354
b) Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	355
aa) Vereinbarkeit mit den EU-Grundfreiheiten . . . . .	355
bb) Vereinbarkeit mit den EU-Grundrechten . . . . .	358
aaa) Exkurs 1: Zum Anwendungsbereich der EU- Grundrechte . . . . .	360
bbb) Exkurs 2: Verhältnis der EU-Grundrechte zur EMRK . . . . .	361
cc) Vereinbarkeit mit ungeschriebenen Grundsätzen des EU-Rechts . . . . .	361
2. Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges EU- Recht . . . . .	362
3. Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	362
a) Rechtsbehelfe zum EuGH . . . . .	363
aa) Individualrechtsschutz . . . . .	363
aaa) Unmittelbar: Individualnichtigkeitsklage (Art. 263 IV AEUV) . . . . .	363

bbb) Mittelbar: Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV . . . . .	366
bb) Objektive Rechtsbehelfe . . . . .	366
aaa) Nichtigkeitsklage nach Art. 263 II AEUV . . . . .	366
bbb) Subsidiaritätsklage nach Art. 8 Subs.-Prot. i. V. m. Art. 263 AEUV . . . . .	367
b) Rechtsbehelfe zu den Verfassungsgerichten (BVerfG/ LVerfG) . . . . .	368
c) Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten . . . . .	369
III. EU-Tertiärrecht . . . . .	370
 § 11 <i>Das Bundesgesetz und dessen Kontrolle</i> . . . . .	372
I. Vereinbarkeit eines Bundesgesetzes mit höherrangigem Recht . . . . .	372
1. Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	372
a) Gesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	372
b) Ordnungsmäßigkeit des Gesetzgebungsverfahrens . . . . .	372
c) Einhaltung der Formerfordernisse . . . . .	373
2. Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	374
a) Vereinbarkeit des Bundesgesetzes mit dem Grundge- setz . . . . .	374
aa) Rechts- und Sozialstaatsprinzip . . . . .	374
aaa) Rechtsstaatsprinzip . . . . .	374
bbb) Sozialstaatsprinzip . . . . .	378
bb) Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte . . . . .	378
aaa) Weichenstellungen in der Grundrechtsprü- fung . . . . .	379
a) Erste Weichenstellung: Welche Grund- rechtsfunktion ist betroffen? . . . . .	379
b) Zweite Weichenstellung: Ist die Freiheit und/oder die Gleichheit betroffen? . . . . .	383
c) Dritte Weichenstellung: spezielles Frei- heitsgrundrecht oder Auffanggrund- recht? . . . . .	383
bbb) Prüfung der Freiheitsgrundrechte als Ein- griffsabwehrrechte . . . . .	385
a) Stichworte: Allgemeine Handlungsfrei- heit (Art. 2 I GG) . . . . .	390
b) Stichworte: Allgemeines Persönlich- keitsrecht (Art. 2 I i. V. m. Art. 1 I GG) . . . . .	391
c) Stichworte: Leben, körperliche Unver- sehrtheit, Freiheit (Art. 2 II GG) . . . . .	392
d) Stichworte: Glaube, Religion (Art. 4 GG) . . . . .	393
e) Stichworte: Kommunikations- und Krea- tivgrundrechte (Art. 5 GG) . . . . .	394
f) Stichworte: Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) . . . . .	396
g) Übersicht: Berufsfreiheit (Art. 12 I GG) . . . . .	397
h) Übersicht: Eigentumsgrundrecht (Art. 14 GG) . . . . .	399

ccc) Prüfung der grundrechtlichen Gleichheitsrechte . . . . .	405
b) Vereinbarkeit des Bundesgesetzes mit EU-Recht . . .	409
aa) EU-Grundfreiheiten . . . . .	409
aaa) Die Grundstruktur der EU-Grundfreiheiten . . . . .	410
bbb) Die Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 ff. AEUV) . . . . .	413
ccc) Die Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 ff. AEUV) . . . . .	414
ddd) Die Niederlassungsfreiheit (Art. 49 ff. AEUV) . . . . .	414
eee) Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV) . . . . .	415
fff) Annex: Nichtdiskriminierung und Unionsbürgerschaft (Art. 18 ff. AEUV) . . . . .	416
bb) EU-Grundrechte . . . . .	416
cc) EU-Sekundärrecht . . . . .	417
c) Vereinbarkeit des Bundesgesetzes mit Völkerrecht . . .	418
II. Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges Recht . .	418
1. Verstöße des Bundesgesetzes gegen das GG . . . . .	419
a) Unvereinbarkeit mit dem Gleichheitssatz (Art. 3 I GG) . . . . .	419
b) Notwendigkeit der weiteren Anwendung des verfassungswidrigen Gesetzes . . . . .	420
2. Verstöße des Bundesgesetzes gegen das EU-Recht . . . . .	420
III. Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	420
1. Rechtsbehelfe zum EuGH oder EGMR . . . . .	421
2. Rechtsbehelfe zum BVerfG . . . . .	421
a) Individualrechtsschutz: Verfassungsbeschwerde (Art. 93 I Nr. 4 a GG) . . . . .	422
b) Objektive Rechtskontrolle: die abstrakten Normenkontrollverfahren . . . . .	427
3. Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten . . . . .	432
IV. Besonderheiten des verfassungsändernden Gesetzes . . . . .	434
§ 12 <i>Das Landesgesetz und dessen Kontrolle</i> . . . . .	435
I. Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit höherrangigem Recht . . . . .	435
1. Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	436
a) Gesetzgebungskompetenz des Landes . . . . .	436
b) Ordnungsmäßigkeit des Gesetzgebungsverfahrens . . . . .	436
c) Einhaltung der Formerfordernisse . . . . .	437
2. Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	438
a) Vereinbarkeit des Landesgesetzes mit Bundesrecht . . . . .	438
b) Vereinbarkeit des Landesgesetzes mit der Landesverfassung (BV) . . . . .	438
aa) Die Grundrechtsnormen der Landesverfassung (am Beispiel der BV) . . . . .	439
bb) Dogmatik der Landesgrundrechte (am Beispiel der Bayerischen Verfassung) . . . . .	444
II. Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	445
III. Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	445
1. Rechtsbehelfe zum EuGH oder EGMR . . . . .	445
2. Rechtsbehelfe zum BVerfG . . . . .	445

3.	Rechtsbehelfe zum LVerfG (VerfGH)	446
a)	Die Popularklage (Art. 98 S. 4 BV)	446
b)	Die Meinungsverschiedenheit (Art. 75 III BV)	453
4.	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten	455
IV.	Besonderheiten des verfassungsändernden Gesetzes	459
§ 13	<i>Untergesetzliche Rechtsnormen und deren Kontrolle</i>	460
I.	Rechtsverordnungen des Bundes	460
1.	Bedeutung	460
2.	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	460
3.	Konsequenzen bei Verstößen gegen höherrangiges Recht	462
4.	Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße	463
a)	Rechtsbehelfe zum EuGH oder EGMR	463
b)	Rechtsbehelfe zum BVerfG	463
c)	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten	464
5.	Exkurs: Zum Verhältnis von Gesetz und Rechtsverordnung	465
II.	Rechtsverordnungen des Landes	466
1.	Bedeutung	466
2.	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	470
3.	Konsequenzen bei Verstößen gegen höherrangiges Recht	476
4.	Geltendmachung solcher Verstöße	476
a)	Staatliche Verwaltungsaufsicht	476
b)	Gerichtliche Überprüfung	479
aa)	Rechtsbehelfe zum EuGH oder EGMR	479
bb)	Rechtsbehelfe zum BVerfG	479
cc)	Rechtsbehelfe zum LVerfG (VerfGH)	480
dd)	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten	481
aaa)	Die prinzipiale Normenkontrolle nach § 47 VwGO	481
bbb)	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten mit Inzidentkontrolle der Rechtsverordnung	487
III.	Satzungen	487
1.	Bedeutung und Typologie	487
2.	Wiederholung einiger Grundlagen	488
3.	Die Überprüfung von Satzungen (allgemein)	490
a)	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	490
b)	Konsequenzen bei Verstößen gegen höherrangiges Recht	493
c)	Geltendmachung solcher Verstöße	493
aa)	Staatliche Satzungsaufsicht	493
bb)	Gerichtliche Überprüfung	493
4.	Speziell: die Abgabensatzung	493
a)	Kategorisierung der kommunalen Abgaben	494
b)	Besondere Anforderungen an die Abgabensatzung nach dem KAG	496
c)	Verfahrensfragen	497
d)	Rechtsschutzfragen	497
5.	Speziell: der Bebauungsplan	498
a)	Prüfung der Rechtmäßigkeit eines Bebauungsplans	498
b)	Rechtsschutz gegen Bebauungspläne	502

aa) Prinzipale Normenkontrolle . . . . .	503
aaa) Normenkontrolle nach § 47 I Nr. 1 VwGO . . . . .	503
bbb) Popularklage nach Art. 98 S. 4 BV . . . . .	503
ccc) VB zum BVerfG nach Art. 93 I Nr. 4 a GG . . . . .	504
bb) Inzidente Normenkontrolle . . . . .	505
c) Exkurs: Die Rolle der Gemeinde im öffentlichen Bau- recht (Überblick) . . . . .	505
aa) Die Gemeinde als Planungsträger . . . . .	505
bb) Die Stellung der Gemeinde im Baugenehmigungs- verfahren (insbes. § 36 BauGB) . . . . .	506
cc) Die Gemeinde als Baugenehmigungsbehörde . . . . .	508
§ 14 <i>Verwaltungsvorschriften und deren Kontrolle</i> . . . . .	509
I. Rechtsnatur und Funktionen . . . . .	509
II. Rechtmäßigkeit von Verwaltungsvorschriften . . . . .	510
III. Rechtswirkungen und Kontrolle von Verwaltungsvorschriften . . . . .	512
<b>Teil 4: Der Einzel(rechts)akt und dessen Kontrolle</b> . . . . .	515
Vorbemerkungen . . . . .	515
§ 15 <i>Einzelakte des EU-Rechts und deren Kontrolle</i> . . . . .	515
I. Bedeutung und dogmatische Grundlagen . . . . .	515
II. Vereinbarkeit eines EU-Beschlusses mit höherrangigem EU-Recht . . . . .	517
III. Gerichtliche Geltendmachung . . . . .	518
§ 16 <i>Der Verwaltungsakt und dessen Kontrolle</i> . . . . .	520
I. Dogmatische Grundlagen des Verwaltungsakts . . . . .	520
1. Die „Wirksamkeit“ des VA als Paradigma des Verwal- tungsrechts . . . . .	520
a) Die Emanzipation des (wirksamen) VA von seiner Rechtsgrundlage . . . . .	520
aa) Vollzugswirkung (Realisierungswirkung) . . . . .	521
bb) Vollstreckungswirkung . . . . .	522
cc) Tatbestandswirkung . . . . .	523
b) Das Wirksamwerden des VA . . . . .	525
c) Die Beendigung der Wirksamkeit . . . . .	526
aa) Actus contrarius (Art. 43 II Alt. 1, 2 VwVfG: Rücknahme, Widerruf) . . . . .	526
aaa) Rücknahme eines VA (Art. 48 VwVfG) . . . . .	527
bbb) Widerruf eines VA (Art. 49 VwVfG) . . . . .	531
ccc) Exkurs zum Verhältnis von Art. 48, 49 VwVfG zu Art. 51 VwVfG . . . . .	533
bb) Anderweitige Aufhebung (Art. 43 II Alt. 3 VwVfG) . . . . .	536
cc) Erledigung durch Zeitablauf oder auf andere Weise (Art. 43 II Alt. 4, 5 VwVfG) . . . . .	536
2. Die Rechtmäßigkeit des VA . . . . .	537
a) Wann kommt es auf die Rechtmäßigkeit des VA über- haupt an? . . . . .	537
b) Prüfungssystematik . . . . .	539
II. Der belastende Verwaltungsakt und dessen Kontrolle . . . . .	545
1. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	545

2. Die bauordnungsrechtlichen Eingriffsakte nach der BayBO	547
a) Überblick	547
b) Fallgestaltungen in der Klausur	549
c) Prüfung der Rechtmäßigkeit einer bauordnungsrechtlichen Verfügung	550
3. Die versammlungsrechtlichen Eingriffsakte nach dem BayVersG	554
a) Befugnisse der Polizei	555
b) Befugnisse der Kreisverwaltungsbehörde (insbes. Versammlungsverbot)	558
4. Die sicherheitsrechtlichen Eingriffsakte nach dem LStVG	560
a) Systematik	560
b) Prüfungsschema für einen LStVG-VA (mit Exkurs zu § 80 V VwGO)	563
c) Vertiefungen zum Verwaltungsvollstreckungsrecht	571
d) Zur Bedeutung des Art. 7 III LStVG	578
aa) Fallkonstellationen, die von Art. 7 III LStVG nicht erfasst werden	578
bb) Anwendungsbereich und Voraussetzungen des Art. 7 III LStVG	578
5. Die polizeirechtlichen Eingriffsakte nach dem PAG	579
a) Systematische Grundlagen	579
aa) Die Trennung von Polizeirecht und Sicherheitsrecht („Trennungsprinzip“)	580
bb) Die vorrangige Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden („Subsidiaritätsprinzip“)	581
cc) Der Grundsatz der effektiven Gefahrenabwehr („Effektivitätsprinzip“)	581
aaa) Die Maßgeblichkeit der ex-ante-Sicht	582
bbb) Der Grundsatz des „ersten Zugriffs“ der Polizei	585
ccc) Vollstreckung, unmittelbare Ausführung und sofortiger Vollzug	588
b) Klausurkonstellationen	591
c) Die Prüfung der polizeirechtlichen Maßnahme (insbes. VA)	592
d) Die Prüfung des polizeirechtlichen Kostenbescheids	597
6. Rechtsbehelfe gegen belastende Verwaltungsakte	604
a) Überblick	604
b) Die Anfechtungsklage nach § 42 I Alt. 1 VwGO	604
c) Die Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113 I 4 VwGO)	608
aa) Die „echte“ Fortsetzungsfeststellungsklage nach § 113 I 4 VwGO	609
bb) Die Fortsetzungsfeststellungsklage in analoger Anwendung des § 113 I 4 VwGO	610
III. Der begünstigende Verwaltungsakt und dessen Erstreitung	613
1. Vorbemerkungen zur Systematik	613
2. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	615



a) Prüfungsschema: Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung . . . . .	616
b) Rechtsschutz des Nachbarn, insbes. der "Genehmigungsabwehranspruch" . . . . .	626
aa) Systematik . . . . .	626
aaa) Genehmigungsanspruch und Genehmigungsabwehranspruch . . . . .	626
bbb) Genehmigungsabwehranspruch und Anspruch auf bauaufsichtliches Einschreiten . . . . .	627
bb) Die prozessuale Geltendmachung des Genehmigungsabwehranspruchs . . . . .	629
c) Sonstige begünstigende Verwaltungsakte im Baurecht . . . . .	631
aa) Vorbescheid (Art. 71 BayBO) . . . . .	632
bb) Teilbaugenehmigung (Art. 70 BayBO) . . . . .	634
3. Anspruch auf Zulassung zu oder Nutzung einer Einrichtung . . . . .	634
a) Grundstrukturen . . . . .	634
b) Die Zulassung politischer Parteien zu öffentlichen Einrichtungen . . . . .	637
4. Anspruch aus Zusicherung (Art. 38 VwVfG) . . . . .	639
5. Anspruch aus öffentlich-rechtlichem Vertrag (Art. 54 ff. VwVfG) . . . . .	641
6. Anspruch aus EU-Recht . . . . .	642
7. Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung begünstigender VAe . . . . .	642
a) Überblick . . . . .	642
b) Verpflichtungsklage (Untätigkeitsklage, Versagungsgegenklage) . . . . .	644
aa) Prüfungsschema . . . . .	644
bb) Exkurs: Rechtsschutzfragen bei Nebenbestimmungen . . . . .	647
aaa) Abwehr einer belastenden Nebenbestimmung . . . . .	647
bbb) Anspruch auf Erlass einer drittbelastenden Nebenbestimmung . . . . .	650
c) Die einstweilige Anordnung (§ 123 VwGO) . . . . .	651

§ 17 <i>Hoheitliches Handeln ohne VA-Charakter (Realakte)</i> . . . . .	654
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	654
1. Typologie der Realakte . . . . .	654
a) Betrieb von öffentlichen Einrichtungen . . . . .	654
b) Wirtschaftliche Betätigung der „öffentlichen Hand“ . . . . .	655
c) Äußerungen von Hoheitsträgern . . . . .	655
d) Sonstige Handlungen ohne VA-Charakter . . . . .	655
2. Mögliche Rechtsschutzbegehren . . . . .	656
II. Anspruch auf Vornahme von Realakten (positive Leistung) . . . . .	657
1. Spezialgesetzliche Anspruchsgrundlagen . . . . .	657
2. Der Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	658
3. Anspruch aus drittschützender Norm? . . . . .	658

III. Anspruch auf Unterlassung von Realakten (negative Leistung)	659
1. Anspruch aus verwaltungsrechtlichem Vertrag	660
2. Anspruch aus spezialgesetzlicher Grundlage	660
3. Der grundrechtliche Unterlassungsanspruch	661
IV. Prozessuale Durchsetzung: die allgemeine Leistungsklage	662
<b>Teil 5: Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis: Struktur und</b>	
<b>Ansprüche</b>	667
Vorbemerkungen	667
§ 18 <i>Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis</i>	668
I. Das Grund-Rechtsverhältnis (Das Grundrechts-Verhältnis)	668
II. Erweiterung: das Rechtsverhältnis-Dreieck (Interessendreieck)	670
III. Besondere öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse	671
1. Entstehung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag	672
2. Entstehung durch Rechtsnormen des Besonderen Verwaltungsrechts	672
3. Entstehung durch Verwaltungsakt	674
IV. Die Feststellungsklage (§ 43 I VwGO)	674
1. Grundsätzliches	674
a) Subsidiaritätsgrundsatz	674
b) Feststellungsklage als „heimliche“ Normenkontrollklage?	675
2. Prüfungsschema	677
§ 19 <i>Der öffentlich-rechtliche Anspruch</i>	678
I. Vorbemerkungen zur Systematik	678
II. Primäransprüche	679
1. Primäransprüche des Staates gegen den Einzelnen	679
2. Primäransprüche des Einzelnen gegen den Staat	681
a) Leistungsansprüche	682
aa) Allgemeines	682
bb) Der Normerlassanspruch	682
b) Der Rechtswidrigkeitsabwehranspruch	683
aa) Der Unterlassungsanspruch („vorbeugender Rechtsschutz“)	684
aaa) Begründung	684
bbb) Gerichtliche Durchsetzung	684
bb) Der Beendigungsanspruch (Aufhebungsanspruch)	686
III. Sekundäransprüche (Reaktionsansprüche)	687
§ 20 <i>System des Staatshaftungsrechts</i>	688
I. Vorbemerkungen zur Systematik	688
1. Kein einheitlicher Rechtsgrund für das Staatshaftungsrecht	688
2. „Kompensation“ als gemeinsamer Erklärungsgrund	689
II. Kompensation rechtswidrigen staatlichen Handelns	690
1. Systematik	690
a) Mehrstufigkeit des Rechtswidrigkeitsabwehrsystems	690
b) Das Verhältnis der Stufen zueinander	691
2. Der Folgenbeseitigungsanspruch	692

3. Finanzielle Kompensationsansprüche . . . . .	694
a) Schadensersatzansprüche . . . . .	695
aa) Ansprüche aus vertraglichem Rechtsverhältnis (öffentlich-rechtlicher Vertrag) . . . . .	695
bb) Ansprüche aus verwaltungsrechtlichem Schuld- verhältnis . . . . .	696
cc) Amtshaftungsanspruch (§ 839 BGB, Art. 34 GG) . . . . .	697
dd) Exkurs: Haftung wegen Verletzung von EU-Recht . . . . .	702
aaa) Haftungsanspruch gegen die EU . . . . .	702
bbb) Haftungsanspruch gegen den Mitgliedstaat (oder dessen Untergliederungen) . . . . .	703
a) Funktion und Anspruchsgrundlage . . . . .	703
b) Verhältnis zu den mitgliedstaatlichen Haftungsansprüchen . . . . .	704
c) Prüfungsschema . . . . .	706
b) Entschädigungsansprüche . . . . .	709
aa) Spezialgesetzliche Anspruchsgrundlagen . . . . .	709
bb) Anspruch aus aufopferungsgleichem Eingriff . . . . .	710
cc) Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff . . . . .	710
III. Kompensation rechtmäßigen staatlichen Handelns . . . . .	713
1. Systematik . . . . .	713
2. Spezialgesetzlich geregelte Entschädigungsansprüche . . . . .	714
3. Der Anspruch aus enteignendem Eingriff . . . . .	717
4. Der allgemeine Aufopferungsanspruch . . . . .	719
IV. Kompensation rechtsgrundloser Vermögensverschiebungen . . . . .	720
1. Spezialgesetzlich geregelte Erstattungsansprüche . . . . .	721
2. Der allgemeine Erstattungsanspruch . . . . .	721
<b>Anhang 1: Verzeichnis der Prüfungsschemata . . . . .</b>	<b>723</b>
<b>Anhang 2: Tableau der Klausuren des Ersten Juristischen Staatsexamens im Freistaat Bayern (seit 1990) . . . . .</b>	<b>727</b>
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>769</b>